



10

DIE GRÜNEN

BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

der Landtagsabgeordneten Günter Kenesei und FreundInnen (GRÜNE) *NICHT ABGESTIMMT*
eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 16.2.1999
zu Post 3 der heutigen Tagesordnung
betreffend Untersuchungsausschüsse

2235/LAT/11

BEGRÜNDUNG

"Im übrigen darf ich auf die in der Fragestunde bereits gestellte Information zur Frage der Einrichtung von Untersuchungsausschüssen hinweisen, daß die bisherigen Gespräche in den Regierungsparteien der ÖVP und der SPÖ als erstes ergeben haben, daß wir uns geeinigt haben, einen Untersuchungsausschuß in Wien im Rahmen der bestehenden Bundesverfassung bis Ende des ersten Quartals 1999 vorzusehen. Danke." (Bürgermeister Dr. Michael Häupl; Gemeinderatssitzung vom 23.10.1998).

"Es war Ende Mai, Anfang Juni, bei einer Sitzung des Gemeinderats - damals hat es noch geheißsen, zum "sogenannten Bauskandal" -, daß ich an dieser Stelle gestanden bin und gesagt habe, es ist ein Gebot der Stunde, daß dieses große demokratiepolitische Defizit, daß Wien das einzige Bundesland ist, das keinen Untersuchungsausschuß kennt, beseitigt wird. Auf eine Zusatzfrage habe ich damals erklärt, das muß bis Oktober dieses Jahres (*Anm. 1998*) abgeschlossen sein. Meine Damen und Herren, heute ist der 23. Oktober und Sie haben eben aus der Erklärung des Herrn Bürgermeisters entnehmen können, daß diese Zielsetzung voll und ganz erreicht ist." (*Vizebürgermeister Dr. Bernhard Görg*).

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Landtag der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag spricht sich dafür aus, daß in der nächsten Sitzung des Wiener Landtages die gesetzlichen Grundlagen für die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen beschlossen werden.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages. Weiters wird in formeller Hinsicht die namentliche Abstimmung verlangt.

Wien, am 16.2.1999